



Antrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Alexander Muthmann, Julika Sandt, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Bedrohungslage von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern und kommunalen Angestellten umfassend analysieren

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport eine Studie vorzulegen, aus der sich valide Zahlen zur Bedrohungslage von Amts- und Mandatsträgern und Angestellten in bayerischen Kommunen entnehmen lassen.

Ziel der Studie soll es sein, die Bedrohungslage umfassend zu analysieren und auszuwerten, um wirkungsvolle Maßnahmen zur Prävention und Hilfe ergreifen zu können.

Begründung:

Immer wieder werden kommunale Amts- und Mandatsträger und Angestellte in den bayerischen Verwaltungen zum Ziel von Beleidigungen, Belästigungen, Bedrohungen, körperlichen Angriffen und sonstigen Anfeindungen.

Der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Uwe Brandl, sieht darin eine Gefahr für die Demokratie. Immer weniger Menschen würden sich angesichts der zunehmenden Beschimpfungen und Bedrohungen in der Kommunalpolitik engagieren wollen¹. Trauriger Höhepunkt in diesem Jahr war die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke.

In der Expertenanhörung des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport zum Thema „Bedrohungslage von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern in Bayern“ wurde deutlich, dass zur Bedrohungslage kommunaler Amts- und Mandatsträger keine validen Fallzahlen vorliegen. Diese werden weder gesondert erfasst, noch wird in zur Verfügung stehenden Statistiken eine Differenzierung nach kommunalen und sonstigen Amts- und Mandatsträgern vorgenommen. Auch die PKM ist nach Angabe der Sachverständigen kein geeignetes Instrument zur Analyse, da sie lediglich die von den Polizeibehörden registrierten Fälle abbildet. Gerade mit Blick auf nicht angezeigtes Verhalten oder ein Verhalten unterhalb der Schwelle der Strafbarkeit, liegen keine validen Erkenntnisse vor². Die Schilderungen von Betroffenen und Experten geben Anlass zur Sorge und lassen ein erhebliches Dunkelfeld befürchten³.

¹ vgl. <https://www.augsburger-allgemeine.de/politik/Buergermeister-in-Angst-Wer-will-diesen-Job-noch-machen-id54685301.html>

² vgl. Prof. Dr. Armin Engländer, schriftliche Stellungnahme zur Anhörung des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport zum Thema „Bedrohungslage von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern in Bayern“, S. 1 .ff., Petra Sandles (LKA Bayern), schriftliche Stellungnahme zur Anhörung, S. 4.

³ vgl. Prof. Dr. Christoph Kopke, schriftliche Stellungnahme zur Anhörung, S. 1ff.

Um wirksame Maßnahmen zum Schutz der in den Kommunen engagierten Menschen ergreifen und sinnvolle Hilfsangebote bereitstellen zu können, ist eine valide Kenntnis der Bedrohungslage jedoch unerlässlich. Nur wenn feststeht, in welcher Art und Weise und Häufigkeit die Übergriffe stattfinden, kann effektiv gegengesteuert werden. Dabei sind sowohl Übergriffe auf kommunale Amts- und Mandatsträger als auch die der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kommunalverwaltungen in Bayern zu erfassen.